

Christian Levrat zu den Abstimmungen vom 28. 11.2010

Die Parolenfassung am Parteitag in Lausanne war sehr kontrovers. Dabei stimmen wir in den meisten Punkten überein: Die SP sagt einstimmig

Ja zu unserer Steuergerechtigkeitsinitiative und einstimmig

Nein zur Ausschaffungsinitiative.

Die SP ist sich jedoch uneins, ob der **Gegenentwurf** das richtige Gegenmittel ist. Ich persönlich werde den Gegenvorschlag ablehnen. Wir haben mit dem Ausländerrecht bereits jetzt die gesetzlichen Grundlagen, Verbrecher wegzuweisen, die Praxis zeigt auf, dass dies auch so gehandhabt wird. Der Gegenvorschlag verkündet aber primär die falsche Botschaft, wonach das geltende Recht zu lasch sei und daher einer Verschärfung bedürfe, ohne wirklich glaubhaft darzulegen, warum es diese Verschärfung braucht.

Aber es gibt auch eine Minderheit, die ihn unterstützt. Es ist legitim, dass sich diese jetzt äussert. Klar ist: Sowohl Mehrheit als auch Minderheit sprechen sich gegen eine Schweiz aus, die immer mehr auf Ausgrenzung statt auf Gemeinsinn setzt.

Evi Allemann:

Nein zu Ausschaffungsinitiative

JA zum Gegenvorschlag

Die jüngsten Umfragen zeigen, dass die SVP-Ausschaffungsinitiative viel Zuspruch genießt, auch aus Teilen des linken Lagers. Das erfüllt mich mit grosser Sorge. Offensichtlich spricht die SVP mit ihrer extremistischen Initiative nicht nur ein weit verbreitetes Unbehagen in der Bevölkerung an, sondern viele Menschen vermuten, dass diesen Problemen mit einfach gestrickten Lösungen beizukommen sei. Alles, was der SVP bei Problemen und Missständen einfällt, sind Verbote und immer noch härtere Strafen.

Bei dieser Ausgangslage ist es umso wichtiger, dass es einen **Gegenvorschlag** zur Ausschaffungsinitiative gibt, denn nur **damit** kann die untragbare Ausschaffungsinitiative verhindert werden. Nur wer gegen die Initiative und für den Gegenvorschlag stimmt, hilft mit, die Initiative zu verhindern. Wer zweimal Nein stimmt, unterstützt die SVP.

André Daguet:

Nein zu Ausschaffungsinitiative

Nein zum Gegenvorschlag

Die Volksinitiative der SVP ist völkerrechtswidrig und verfassungswidrig. Doch auch der Gegenvorschlag des Parlaments ist, von einigen wenigen Punkten abgesehen, nicht viel besser als die Initiative. Initiative wie Gegenvorschlag wollen letztlich das Gleiche: Straffällige Ausländer sollen mittels Wegweisung nach Verbüßung ihrer Strafe doppelt bestraft werden. Damit sind beide Vorlagen diskriminierend.